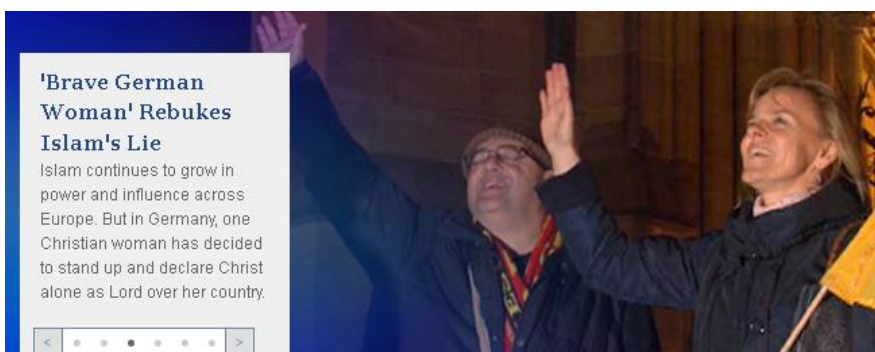




CBN-Reportage über „die mutige Deutsche“



Der christliche US-

Fernsehsender CBN-News hat eine sechseinhalbminütige Reportage über Heidi M., besser bekannt als „die mutige Deutsche“, gedreht. CBN-Reporter Dale Hurd lässt darin noch einmal ihren Auftritt in der Speyrer Gedächtniskirche am 10. November 2013 Revue passieren, als sie das „Allahu Akbar“ eines Imam mit den Worten Martin Luthers „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ unterbrach und kurz darauf aus der Kirche abgeführt wurde ([PI berichtete](#)). „Eigentlich hätte der Imam die Kirche verlassen müssen“, so Heidi im Interview mit dem CBN-Reporter.

Hier das Video der Reportage und [der entsprechende Artikel](#) dazu vom 7.2.14 auf CBN:



Gauck in Indien: „Wir haben Platz in Deutschland“



Immer dann, wenn man glaubt, es könnte nicht mehr schlimmer kommen – schlägt man die virtuelle Zeitung auf und [liest Meldungen wie die](#) eines eitlen und selbstgefälligen Pfarrers, der auf Steuerzahlerkosten in der Welt umherreist und Weisheiten wie diese unter die dortigen Menschen bringt: „Wir haben Platz in Deutschland“, sagte Gauck in Bangalore. Die deutsche Bevölkerung werde immer kleiner, weil viele Familien nur noch ein Kind oder gar keinen Nachwuchs hätten. „Deshalb warten wir auch auf Menschen aus anderen Teilen der Welt, die bei uns leben und arbeiten wollen. Darauf freuen wir uns schon.“

(Von cantaloop)

Nun, wir freuen uns darauf – dem bleibt wohl nichts mehr hinzuzufügen. Für welche Deutschen dieser abgehobene Mensch allerdings spricht, erschließt sich mir noch nicht so ganz.

Eine kleine Elite von staatlich subventionierten „Guten“ möglicherweise, die von den Folgen von Masseneinwanderung nicht – oder nur rudimentär betroffen sind. Ein paar Tausend – möglicherweise Zehntausende. Mehr nicht.

Millionen von autochthonen Deutschen allerdings, die tagtäglich mit den Folgen dieser „Wanderbewegungen“ konfrontiert sind, sehen dies etwas anders.

Wie vollkommen verklärt muss man sein, wenn man eine weitere Einwanderung in eines der dichtestbesiedelten Länder der Welt propagiert – bei dem schon jetzt in manchen Großstädten der „bezahlbare“ Wohnraum knapp wird? Wem nutzt dies? Wer soll es finanzieren?

Fragen über Fragen – über deren Beantwortung sich allerdings der feine Herr Bundespräsident natürlich keine Gedanken machen muss. In wenigen Jahren wird sich das Deutschland, wie wir es kennen, in Wohlgefallen zu Gunsten eines explosiven Vielvölkergemisches auflösen. Eine Menge wird sich dann ändern – die Sicherheit und Geborgenheit, die im Moment noch vorherrscht, wird dann für immer perdu sein. Eine Melange von Parallelgesellschaften ist bereits jetzt schon im Entstehen, wobei jede Einzelne ihre Interessen durchgesetzt sehen will.

Laut Aussagen eines CDU-lers aus den neuen Bundesländern verliert die angestammte deutsche Bevölkerung um das Jahr 2035 herum den Mehrheitsanteil, d.h. es werden dann mehr Migranten als autochthone Deutsche im Lande leben. Wer möchte so etwas? Die Mehrheit der angestammten deutschen Bevölkerung sicher nicht!

Solange Politiker wie der geschätzte Herr Gauck, der sein hohes Amt mit immensen Vorschuss-Lorbeeren antrat, in Deutschland ihr „Unwesen“ treiben dürfen – laufen wir sehenden Auges in unseren eigenen Untergang. In 2035 wird dann mit demokratischen Mitteln nichts mehr zu ändern sein.

» WELT: [Das mangelnde Fingerspitzengefühl Gaucks](#)

» Email an Gauck: bundespraesidialamt@bpra.bund.de

Josef H. Reichholf: Natur betreten verboten!?

Nach dem Kriterium des Artenreichtums würde so manche Stadt den Status eines international bedeutsamen Schutzgebietes verdienen. Spitze ist Berlin, unsere Hauptstadt, die „Hauptstadt der Nachtigallen“, wie sie genannt werden könnte, weil über tausend davon im Stadtgebiet singen – mehr als in so ziemlich allen Naturschutzgebieten Deutschlands. Von bedrohten Fledermäusen bis zu Wildschweinen und Wanderfalken, seltenen Käfern und raren Schmetterlingen kommen so viele unterschiedliche Tiere im Berliner Stadtgebiet vor, dass es kaum einen anderen Ort mit vergleichbarer Artenvielfalt gibt. Zwei Drittel aller Vogelarten, die in Deutschland regelmäßig brüten, nisten auch in Berlin. Ganz ähnlich sieht es in Hamburg, Köln, München und anderen Großstädten aus. Generell gilt: Je größer die Stadt, desto größer auch der Artenreichtum an Tieren und Pflanzen (die Zier- und Nutzpflanzen oder die Haustiere selbstverständlich nicht gerechnet!).

Wo immer die Verhältnisse genauer untersucht wurden, stellte sich heraus, dass es schon auf kleinen unbebauten Flächen in Großstädten einen geradezu phänomenalen Reichtum von Schmetterlingen, vor allem an nachtaktiven Arten, gibt. Die Zahl der wild wachsenden Pflanzenarten erreicht im Stadtgebiet oft etwa die doppelte Höhe wie auf gleich großen Flächen des Umlandes. Beeindruckend ist die Häufigkeit der Tiere. Millionenstädte der Menschen sind auch Millionenstädte der Vögel. Vielleicht wird es schon bald die auf dem Land verschwindenden Spatzen nur noch in den Städten geben. Die

Großstadt gilt inzwischen durchaus als rettende Insel für draußen in Feld und Flur vom Aussterben bedrohte Arten. Und all das, obwohl so viele Menschen auf so engem Raum in der Stadt leben, während das Land mit Feld, Flur und Wald eigentlich die große Freiheit für das Getier bieten sollte. (Aus einem [Artikel in NOVO](#) Argumente!)

Ludwigsburg: Tortenattacke auf SPD-Politiker Gall – Presse sucht „rechts“, Linke bekennen sich



Der baden-

württembergische Innenminister Reinhold Gall folgte am Freitag einer Einladung an die Evangelische Hochschule Ludwigsburg. Die dortige Tagung stand unter dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit von Buchenwald bis zu den NSU-Morden – oder wie gehen wir mit Diskriminierung, Hass und Mord um?“. Die erste Frage an den Innenminister bezog sich auf die mutmaßlichen Morde des NSU. Bevor Gall antworten konnte, traf ihn eine Torte. Die Podiumsdiskussion wurde nach dem Vorfall zunächst unterbrochen, dann aber fortgesetzt.

Der Täter kam aus einer Gruppe von fünf jungen Männern, die den Saal erst nach Beginn der Veranstaltung betraten. Zunächst hielten sich alle im hinteren Teil des Saales auf. Später kam einer von ihnen nach vorne und setzte sich auf einen freigewordenen Platz in der ersten Reihe. Abgelenkt durch einen Zwischenruf: „Warum richtet ihr keinen NSU-Untersuchungsausschuss ein“, konnte die Torte unbehelligt auf den Minister geworfen werden.

Bei dem Täter handelt es sich um einen 19-Jährigen (Foto oben l.) aus dem Hohenlohe-Kreis. Seine Begleiter konnten im allgemeinen Tumult fliehen, sind aber auf den [Aufnahmen des vor Ort berichtenden Regionalsenders RegioTV](#) festgehalten worden. Die Bilder wurden der Polizei übergeben.



Obwohl schon der Zwischenruf einen Hinweis darauf gibt, aus welcher „Ecke“ die Täter stammen könnten, wird in [allen darüber berichtenden Medien](#) davon gesprochen, dass die [Motive](#) der Täter [„unklar“](#) wären.

[In einem Artikel der Stuttgarter Nachrichten](#), geschrieben von der linkslastigen Redakteurin Maria Wetzel, wird in manipulativer Art und Weise versucht, den Blick auf rechtsradikale Kreise zu richten.

Statt also die Fakten zum Anlass zu nehmen, nach links zu schauen, kommt im Text die Prorektorin der Evang. Hochschule, Karin Sanders, zu Wort. Die Veranstaltung hätte „in großem Maß

auch externes Publikum interessiert“. Um ungebetene Gäste fernzuhalten, hatte Veranstaltungsdirektorin Käser vor dem Bereich extra ein Schild aufstellen lassen. Personen aus rechtsextremen Kreisen, so die Botschaft der Tafel, bleibe der Zutritt zur Veranstaltung verwehrt.

Nur dumm, dass sich jetzt über die linksradikale Internetseite „Indymedia“ die Täter mit ihrer Tat brüsten. Mit der Überschrift [„Gall getortet“](#) bekennt sich eine Gruppe unter dem Namen „Heilbronner Konditorei“ zu der Attacke. Dort heißt es:

Unsere Geduld... geht langsam zu Ende. [...] Auch wenn die Aktion gegen Reinhold Gall in Ludwigsburg heute nur ein kleiner und symbolischer Teil des notwendigen Widerstandes und Protestes sein kann, hoffen wir, ein deutliches Zeichen gesetzt zu haben. [...] Wir fordern einen NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg! [...] Und wir fordern alle dazu auf, selbst aktiv zu werden und unabhängige antifaschistische und antirassistische Strukturen zu unterstützen, zu stärken und auszubauen!

Ob die Medien jetzt noch weiter berichten werden, nachdem sich linksradikale Täter stolz zu erkennen gegeben haben?

Der Minister hat sich übrigens noch nicht entschieden, ob er Anzeige erstatten will. Nach Bekanntwerden des linksradikalen Hintergrundes der Täter, dürfte das wohl ausbleiben. Tortenwerfen hat in linksradikalen Kreisen Tradition. PI berichtete bereits mehrfach über [ähnliche Fälle](#).

Dass der Täter im Falle eines Verfahrens mit einer Strafe zu rechnen hat, ist allerdings mehr als fraglich. Ein Strafverfahren in vergleichbarer Sache wurde in der Vergangenheit [gegen eine linksextreme Aktivistin](#) und Gewerkschaftssekretärin aus Stuttgart eingestellt.

Gunnar Schupelius: Sind Berlins Schulen homophobe Orte?

Der Senat verordnet Projekte zu Homosexualität an Berlins Schulen. Doch brauchen wir das wirklich? Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) hat den Februar zum „Queer History Month“ ausgerufen. „Queer“ bezeichnet auf Englisch Lebensweisen, die von der heterosexuellen abweichen. Berlins Schüler sollen für die unterschiedlichsten Arten der menschlichen Sexualität „sensibilisiert“ werden, und zwar in Form von Projekten, Unterrichtsstunden oder Exkursionen, zum Beispiel in das Schwule Museum in Schöneberg.

Lernziel ist in diesem Februar, dass die Schüler erfahren, wie Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle miteinander umgehen. Die Schulverwaltung hat gemeinsam mit der Freien Universität und einem privaten Verein Handreichungen erarbeitet, damit die Lehrer das Lernziel erreichen mögen.

In der Handreichung „Queere Themen in Unterricht und Schule“ werden Lehrer unter Punkt 7 auf den Fall vorbereitet, dass die Schüler fragen, „was Lesben und Schwule eigentlich im Bett machen“. Dann soll der Lehrer „konstruktiv verunsichernd“ zurückfragen, „was denn eigentlich Heterosexuelle im Bett machen“. (Fortsetzung [in der B.Z.](#))

Wird Mord künftig neu definiert?



Bundesjustizminister

Heiko Maas von der SPD (kleines Foto) will die Paragraphen 211 (Mord) und 212 (Totschlag) des Strafgesetzbuches neu ausrichten lassen. Warum? Weil sie vielleicht den heutigen Gewaltdelikten nicht mehr gerecht werden? Nein, natürlich nicht. Änderungsbedarf besteht, weil die Formulierung der „niedrigen Beweggründe“ aus der Zeit des Nationalsozialismus stamme und „einen Menschentypus mit moralisch aufgeladenen Gesinnungsmerkmalen“ darstelle und das geht gar nicht.

(Von L.S.Gabriel)

Maas fühlt sich „beklemmt“ und kritisiert, dass das Gesetz hier nicht die Tat beschreibe, sondern sich auf den Menschen, der sie begeht beziehe und wäre eben „noch immer die beklemmende Beschreibung eines Mörders, wie ihn sich die Nazis vorgestellt haben“, sagt er.

Die [FAZ](#) schreibt:

Maas sagte, viele Laien verstünden unter Mord eine geplante, genau überlegte Tötung – und unter Totschlag eine Tötung im Affekt. Ungefähr so sei es auch bis 1941 geltendes Recht

gewesen. Dann hätten die Nationalsozialisten die Mordmerkmale geändert und Begriffe wie „niedrige Beweggründe“ oder „Heimtücke“ eingeführt.

Diese Debatte ist aber nicht neu, auch der [Deutsche Anwaltverein](#) hatte neulich eine Änderung gefordert. Und schon im vergangenen Jahr nahm Schleswig-Holsteins Justizministerin Anke Spoorendonk an den Paragraphen 211 und 212 aus den gleichen Gründen Anstoß. „Sie müssen dringend überarbeitet werden, ihr Wortlaut steht eindeutig in Widerspruch zum Geist des Grundgesetzes“, sagte sie.

Wie der [Spiegel](#) damals berichtete, hielt der Strafrechtler Walter Rubach aus Augsburg vehement in dagegen:

„Die beiden Vorschriften sind nicht verfassungswidrig. Paragraf 211 knüpft keineswegs ausschließlich an den Tätertyp oder das Wesen eines Täters an. Allerdings ist es natürlich notwendig, an die innere Einstellung des Täters, seine Motive, möglicherweise seine Persönlichkeitsdefekte anzuknüpfen, um seiner Person bei der Bestrafung gerecht werden zu können.“ (..)

Der kritisierte Mord-Paragraf stamme außerdem nicht von NS-Richter Freisler, sagt Rubach, sondern von „Schmidt-Leichner, einem glänzenden Juristen, der nach dem Krieg ein ebenso glänzender Strafverteidiger wurde“. Dieser habe maßgeblich an der Formulierung des Straftatbestandes Mord mitgewirkt.

Insgesamt geht es hier bei der geforderten Neuformulierung offenbar auch darum den Täter und seine Motivation aus dem Focus zu rücken. Kultursensible Urteile werden ja leider schon auf Basis des jetzt gültigen Gesetzestextes gefällt. So könnte man den Begriff der „niedrige Beweggründe“ beispielsweise beim Ehrenmord ganz schnell einmal verwaschen, weil die Beweggründe des Täters ja aus seiner Sicht gar nicht „nieder“ waren. Nur sollte es hier ja wohl um die Sichtweisen und moralischen


Werte einer Gesellschaft gehen, die Barbarisches als solches erkannt hat und entsprechend be- und verurteilt.

Und welcher Art die „Beweggründe“ sind, wenn ein gewalttätiger Mob solange auf den Kopf eines Opfers eintritt bis es tot ist, braucht auch nicht neu definiert zu werden. Denn, so der Täter nicht debil ist und wenn es nach gesundem Menschenverstand ginge, implizierte es die Tötungsabsicht, auf einen am Boden liegenden Menschen so lange einzutreten bis der Tod eintritt.

Fakt ist, immer öfter geht es eben bei den Tätern um einen „Menschentypus mit moralisch aufgeladenen Gesinnungsmerkmalen“. Es besteht also keinerlei Änderungsbedarf, in die von Maas angedachte Richtung.



Hamburg: Doch kein „rechter“ Brandanschlag

 Wie immer in solchen Fällen, so kam auch nach dem Brand in einem von Asylanten bewohnten Mehrfamilienhaus in Hamburg-Altona-Nord die große linke Empörungsmaschinerie in Gang. Lamenti gegen Rechts, Aufrufe zu Trauermärschen, das ganze übliche Programm. Der Täter hatte einen Kinderwagen im Erdgeschoss angezündet. Eine Mutter und ihre beiden Söhne starben. „Wir werden alles, wirklich alles dafür tun, diesen Täter zu fassen. Und wir werden ihn kriegen“, so ein Soko-Beamter.

Nun haben sie ihren Täter: Es war ein 13-jähriger Deutsch-Inder. Der Junge war schon einmal in psychiatrischer Behandlung, was ja in Deutschland wohl eine Entschuldigung für alles ist.

Die [Bild-Zeitung](#) schreibt:

Mit der Festnahme des mutmaßlichen Täters ist jetzt so gut wie ausgeschlossen, dass die Brandstiftung einen rechtsradikalen Hintergrund hatte.

So ein Pech aber auch. So wird das nichts mit der Umerziehung eines ganzen „Nazivolkes“ zum reflexartigen Kampf gegen Rechts, wenn irgendwo ein Asylbewerberheim oder eine [Moschee](#) brennt.

Broder: Tote Seelen im Schlaf der Selbstgerechten

Vorgestern brachte das [ZDF einen Bericht](#) über die Lage in der syrischen Stadt Homs und in Yarmouk, einem Vorort von Damaskus, die beide seit Monaten von der syrischen Armee belagert werden. Kranke und Verletzte werden nicht heraus-, Lebensmittel nicht reingelassen. Entsprechend ist die Lage. Um zu überleben, kochen die Menschen „Suppe“ aus Gras und Baumrinde. Wenn irgendwann und irgendwo ein Vergleich mit den Juden im Warschauer Ghetto im Jahre 1943 angebracht und angemessen gewesen wäre, dann in diesem Fall. Oder andersrum: Verglichen mit Homs und Yarmouk ist Gaza ein club med.

Nun müssten, sollte man meinen, die deutschen Freunde der Palästinenser aufstehen und alle Glocken läuten, um die deutsche Öffentlichkeit auf die Not der Palästinenser in Syrien (und nebenbei auch im Libanon) aufmerksam zu machen. Nichts dergleichen geschieht. Keine Demos vor der syrischen Botschaft, keine Aufrufe, keine Pressekonferenzen. (weiterlesen auf [Achse des Guten](#))



Bewährung: Richter hatte keine Lust auf Zeugen



Die Polizei in Deutschland ist vermehrter Gewalt ausgesetzt und für die zunehmende Kriminalität nicht nur personell unterversorgt, sondern auch [zunehmend frustriert](#). Erst vor einigen Tagen machte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) öffentlich darauf aufmerksam, wie prekär diese Situation nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Sicherheit im Land ist ([PI berichtete](#)). Umso schwerer wiegt es, wenn Richter nicht nur durch lächerlich milde Urteile die Arbeit der Beamten zunichte machen, sondern auch deren Gefährdung schlicht ignorieren. So wie nun im Fall des Gewalttäters Mohamed A. (23), wo Angriffe auf Polizisten einfach nicht verhandelt werden.

(Von L.S.Gabriel)

Mohamed A. aus Wedding, Hoffnungsträger einer arabischen Großfamilie, überfiel Anfang 2012 eine Tankstelle in Berlin. Er kam mit zwei Jahren auf Bewährung davon und weil er da offenbar gelernt hatte, wie billig Verbrechen in Deutschland ist, gestand er, die selbe Tankstelle schon einmal überfallen zu haben. Diese Tat kam nun, 14 Monate später, zur Anklage.

Aber die Bereicherung hatte noch mehr auf dem Kerbholz: Im März 2011 war die Polizei zu einem [Fall häuslicher Gewalt](#) zur elterlichen Wohnung des Täters gerufen worden. Der Vater hatte offenbar die Mutter misshandelt. Als die Beamten eintrafen, wurden sie sofort vom Vater und dessen beiden Söhnen angegriffen. Elf Beamte wurden im Zuge dieser Amtshandlung verletzt. Einer der Angreifer war Mohamed A. gewesen. Diese Tat war nun gleichzeitig mit dem Tankstellenüberfall zur Verhandlung angesetzt gewesen.

Aber Richter Helmut Schweckendieck (Foto) hatte einfach keine Lust auf den Zeugenbohni und ließ daher kurzerhand die verletzten Staatsdiener unter den Tisch fallen.

[Die Bild](#) schreibt:

Doch diesen Anklagepunkt ließ Richter Helmut Schweckendieck (verurteilte auch die Alex-Schläger) fallen. Seine unglaubliche Begründung: „Ich habe keine Lust, alle Polizisten zu laden.“ Der Raub wiege ohnehin schwerer. Laut Strafprozessordnung kann in einem solchen Fall die geringere Tat eingestellt werden.

Folglich wurde nur noch der Raub verhandelt. Aber weil der Angeklagte seit seinem ersten Urteil straffrei geblieben und das ja auch schon recht lange her wäre, gab es nun auch für den zweiten Raub günstige zwei Jahre auf Bewährung.

Peter Trapp (66), Innenexperte der CDU: „Die Polizeibeamten haben einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Wenn sie dabei angegriffen und verletzt werden, ist das eine Straftat, die

geahndet werden muss.“

Der Täter nahm das Urteil sofort an. Ja, was denn sonst. Wenn man bedenkt, dass die Tat „schon solange her“ war, weil die Staatsanwaltschaft 14 Monate gebraucht hatte, um eine Anklage zu formulieren, dann klingt diese Begründung erst recht wie reiner Hohn. Die Tatsache, dass, rein rechtlich, Raub schwerer wiegt als der Angriff auf die Polizisten, mag an einer fehlgeleiteten Gesetzgebung liegen. Aber dass es ein Richter wagt, noch dazu angesichts eines wiederholten Gewalttäters so etwas zu formulieren, ist an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten.



**Das deutsche Olympiateam
bekennt Farbe**



(Gefunden auf der offiziellen [Facebook-Seite](#) der deutschen Olympiamannschaft! Noch Fragen?)



Asylantenzahlen steigen und steigen



Es gibt mal wieder ein paar neue Zahlen vom [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#) über die Anzahl der in Deutschland gestellten Asylanträge. Allein im Januar 2014 haben 14.463 Personen Asyl beantragt, davon 12.556 als Erstanträge und 1.907 als Folgeanträge. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahresmonat um 6.277 Personen (76,7 Prozent) und gegenüber dem Vormonat um 3.435 Personen (31,2 Prozent) gestiegen.

Die Zahl der Asylbewerber ist seit dem Jahreswechsel noch einmal deutlich gestiegen. Im vergangenen Jahr war die Zahl der Asylbewerber in Deutschland auf den höchsten Stand seit 14 Jahren gestiegen. Insgesamt wurden 127.023 Asylanträge gestellt, was einem Plus von etwa 45.000 oder rund 64 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach.

1.463 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (13,8 Prozent aller Asylentscheidungen). Vor Abschiebung geschützt wurden 758 weitere Antragsteller. Die Zahl der unbearbeiteten Anträge habe Ende Januar bei 99.999 gelegen, teilte das Ministerium mit. Die Zahl 100.000 scheint doch allzu magisch, denn so kann man immer noch vom fünfstelligen Bereich sprechen, das klingt nicht so dramatisch und spielt die Lage psychologisch herunter. Im vergangenen Jahr hat die Anzahl der Asylbewerber in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Die neuen Zahlen des Bundesinnenministeriums machen klar: Der Trend hält

in diesem Jahr an – und verstärkt sich weiter.

Wenn nun all diejenigen ohne Wenn und Aber umgehend abgeschoben würden, deren Asylantrag abgelehnt wurde, wäre die Lage nicht so dramatisch. Aber man greift nicht durch und setzt sie in den nächstbesten Flieger zurück gen Heimat. Das hat wiederum Signalwirkung auf ihre Landsleute, denn mit den Deutschen kann man seinen Film drehen, da gibt es genug Deppen in Regierung, Verwaltung und Kirche, die die Illegalen auf unsere Kosten hätscheln und füttern.